



Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

Die Verantwortung für die Open Source-Umstellung liegt bei der Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes von Daten und Systemen sowie zur Reduzierung von technologischen Abhängigkeiten und Risiken. Der Landtag bedauert jedoch, dass die Migration der elektronischen Postfächer in der Landesverwaltung und den dazugehörigen Geschäftsbereichen und Behörden nicht reibungslos verlaufen ist und dass die Umstellung nicht im notwendigen Maße vorbereitet wurde. Es ist inakzeptabel, dass die jetzt genutzte Open Source-Software teilweise nicht den Nutzeranforderungen entspricht und dadurch die Arbeitsfähigkeit bestimmter Nutzergruppen, zum Beispiel in der Justiz, eingeschränkt wird und dass Anwendungen – unter anderem aufgrund von Serverausfällen – zeitweise nicht verfügbar sind.

Der Landtag kritisiert zudem den Umgang der Landesregierung mit den aufgetretenen Problemen und den öffentlichen Schuldzuweisungen der Landesregierung. Die Verantwortung für die Planung und Durchführung der IT-Migration lag und liegt bei der Landesregierung und nicht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, umgehend mit den verschiedenen Nutzergruppen auf Augenhöhe in den Austausch über die Software-Anforderungen zu gehen und die notwendigen Funktionalitäten zuverlässig und einfach handhabbar zur Verfügung zu stellen. Zudem sind die wiederkehrenden Serverausfälle umgehend abzustellen und eine kontinuierliche verlässliche Erreichbarkeit aller Anwendungen zu gewährleisten.

Christopher Vogt
und Fraktion